# Parlamentarischer NordSüdDialog

Dezember 2018

Im Rahmen der Kooperation zwischen dem österreichischen und dem sambischen Parlament wird unter anderem ein demokratiepolitisches Bildungsprogramm für sambische Schüler*innen und Jugendliche erarbeitet. Die dargestellten Icons sind eine grafische Unterstützung der fünf zentralen Bereiche des Bildungsprogrammes, die sowohl die Wiedererkennung als auch die Identifikation erhöhen. Die Symbole wurden von einem sambischen Künstler entworfen. © Victor Makashi

## DEN HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM BEGEGNEN

Bericht über die Delegationsreise der Joint Parliamentary Peer Group nach Sambia und Interview mit den österreichischen Abgeordneten

## BILDUNG IN EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT

Migration und Bildung auf globaler und österreichischer Ebene – Präsentation des Global Education Monitoring Reports und Kommentar aus der Praxis

## JOB CREATION FOR OUR ZAMBIAN YOUTH

INDABA-Veranstaltung im sambischen Parlament zu den Herausforderungen der Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche

# Editorial

**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

Bereits seit 2 Jahren beschäftigen wir uns nun im Rahmen unseres Projekts mit dem SDG 4 „Hochwertige Bildung für alle". In diesem Kontext durften wir mit Wissenschafter*innen und Expert*innen zusammenarbeiten, die sich intensiv damit auseinandersetzen, wie es gelingen kann, die vereinbarten Zielsetzungen in einer globalisierten Welt umzusetzen. Sie stützen sich dabei auf fundierte wissenschaftliche Recherche und gewissenhafte Sammlung von Zahlen, Daten und Fakten. Auch der jährliche UNESCO Global Education Monitoring Report tut dies, und es war uns eine besondere Freude, dass wir diesen erstmals im Beisein unserer Peergruppenabgeordneten im Parlament präsentieren durften. Berichte, wie dieser, zeigen klare Handlungsmöglichkeiten für die Politik auf, um die Welt für alle – vor allem auch für die nächste Generation – chancenreicher, fairer und gerechter zu gestalten. Es liegt an den Politikerinnen und Politikern, die Erkenntnisse in diesen Berichten ernst zu nehmen und auch danach zu handeln.

Gemeinsames Handeln ist das Motto der Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten des Parlaments in Sambia und ihren österreichischen Kolleg*innen. Einen Rückblick auf den Arbeitsbesuch im Oktober und die gesammelten Erfahrungen sowie Ideen, die daraus entstanden sind, finden Sie auf den nächsten Seiten.

Auch im heurigen Jahr haben wir uns wieder viel an Veranstaltungen und Aktivitäten vorgenommen. Wir würden uns – wie immer – über eine rege Teilnahme freuen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an das Büro des Präsidenten und an die Mitarbeiter*innen der Parlamentsdirektion, die für die Genehmigung und Umsetzung unerlässlich sind. Ein Danke auch an die Abgeordneten, die unser Projekt durch ihre engagierte Arbeit unterstützen. Auf eine gute Zusammenarbeit auch 2019!

Jutta Kepplinger
Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

# Arbeitsbesuch der Joint Parliamentary Peer Group bei ihren Kolleg*innen in Sambia

## Schaffen der Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Arbeit durch berufliche (Aus)Bildung

Jutta Kepplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Die Zahl der Jugendlichen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen, ist nicht nur das Ziel des SDG 4.4, sondern auch die Intention hinter der Partnerschaft zwischen den Mitgliedern der Joint Parliamentary Peer Gruppe in Österreich und ihren Kolleg*innen in Sambia.

Entsprechend stand der Arbeitsbesuch von Abg.z.NR Nico Marchetti, Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner und Abg.z.NR Stephanie Cox ganz im Zeichen des Austausches von Erfahrungen in Bezug auf die Implementierung dieses Ziels. Treffen mit (staatlichen) Institutionen, die an der Umsetzung des SDG 4 in Sambia arbeiten, sowie Gespräche mit Vertreter*innen der University of Zambia – School of Engineering, der Besuche bei ZOCS Open Community Schools und des Lusaka Business and Technical College zeigten rasch, dass es in Sambia einen großen Bedarf an praxisnaher Ausbildung gibt, der derzeit nicht gedeckt ist. Vor allem eine standardisierte Ausbildung unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Industrie im Arbeitsmarktbereich für Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 – analog zum Lehrlingsausbildungssystem in Österreich – ist nicht gegeben. Zumeist sind 12 (positiv abgeschlossene) Schuljahre Voraussetzung, um überhaupt mit einer Fachausbildung beginnen zu können. Dies führt zu einem akuten Facharbeiter*innenmangel in Sambia und einem Zurückgreifen auf Fachkräfte aus dem Ausland und dies, obwohl mehr als 50% der Bevölkerung unter

Die Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group in der National Assembly of Zambia. V.l.n.r. Jonas Chanda, Christopher Kalila, Patricia Mwashingwele, Stephanie Cox, George Mwamba, Projektleiterin Jutta Kepplinger, Nico Marchetti (nicht auf dem Foto, aber Mitglied der Delegation und der JPPG ist Eva-Maria Holzleitner)

© Jutta Kepplinger (PNSD)

Die Mitglieder der JPPG treffen Prof. Nkandu Luo, Minister of Higher Education, zum Austausch über das duale Bildungssystem in Österreich. Die Ministerin wird sich im Jänner persönlich ein Bild darüber machen. Geplant sind u.a. der Besuch der Montanuniversität in Leoben, einer Technischen Fachhochschule in Oberösterreich sowie der BOKU Wien. © Jutta Kepplinger (PNSD)

Teilnehmer*innen des Runden Tischs im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung am 27. November 2018. Eine sambischen Delegation, Vertreter*innen des BMBWF und der PNSD Peer Gruppe diskutierten über Möglichkeiten einer sambisch-österreichischen Kooperation im Bereich Bildung.

© BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

20 Jahren sind und daher genügend potentielle Arbeitskräfte im eigenen Land zur Verfügung stehen würden. Dies wird von zuständigen Politiker*innen in Sambia mit zunehmender Besorgnis gesehen und daher werden auch mit großem Interesse best practise Beispiele aus anderen Ländern, wie etwa Österreich, verfolgt. Als größte Herausforderungen stellen sich in Sambia die Einbeziehung der Wirtschaft in die praxisnahe Ausbildung, sowie die Schaffung einer gesetzlichen Voraussetzung für ein duales Ausbildungssystem dar.

In einem Peergruppenworkshop, der mit einem Treffen der zuständigen Ministerin für Höhere Bildung, Prof. Nkandu Luo startete, wurden die nächsten Schritte der Zusammenarbeit festgelegt: Neben einem Arbeitsbesuch von Minister Luo in Österreich zu Jahresbeginn 2019, bei dem Möglichkeiten der Kooperation zwischen sambischen und österreichischen Universitäten und Fach(hoch)schulen ausgelotet werden sollen, wird Anfang März ein Bildungsexperte der Österreichischen Wirtschaftskammer am zweiten INDABA der National Assembly of Zambia zum Thema „Job creation for our Zambian youth“ teilnehmen und über das System der dualen Lehrlingsausbildung in Österreich referieren. Im Rahmen des Besuches, an dem der Abg.z.NR Nico Marchetti als Vertreter der Peergruppe teilnehmen wird, ist u.a. auch ein Treffen mit der neu ernannten österreichischen Honorarkonsulin, Frau Carla Luyt geplant, die im Hauptberuf gemeinsam mit ihrem Mann seit 1994 in der Nähe von Lusaka auf 4.000 ha die Wangwa Farms betreibt. Im Rahmen des Peergruppenbesuches im Oktober nahmen die Abgeordneten an der Feier der Dekretübergabe an Frau Luyt in Lusaka teil.

Die österreichischen Abgeordneten besuchen eine Vocational Training School in Lusaka, um sich ein Bild über die Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche in Sambia zu machen.

© Jutta Kepplinger (PNSD)

Die österreichischen Abgeordneten bei der Eröffnung des österreichischen Konsulats in Lusaka mit Frau Honorarkonsulin Carla Luyt (vierte v. r.).

© Andreas Pfleger (öst. Botschaft Kenia)

# Den Herausforderungen gemeinsam begegnen

## Interview mit den österreichischen Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group zu ihrem Delegationsbesuch in Sambia

Im Oktober 2018 unternahmen die österreichischen Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group (JPPG) ihre erste Delegationsreise nach Sambia. Ziele waren u.a. das gegenseitige Kennenlernen mit den sambischen Abgeordneten, der Besuch verschiedener thematisch relevanter Institutionen und Organisationen, sowie der Austausch von Erfahrungen in Bezug auf die Implementierung des SDG 4 in Sambia. In einem Interview schildern Abg.z.NR Nico Marchetti, Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner und Abg.z.NR Stephanie Cox ihre Eindrücke.

***PNSD: Welchen Herausforderungen in Bezug auf Bildung und Ausbildung sieht sich die sambische Gesellschaft und Politik gegenüber?***

© Simonis / PD

*Abg.z.NR Marchetti:* Die größten Herausforderungen sind einerseits die Lehrer*innenausbildung an sich und andererseits die rund 2.500 Community Schools. Diese bekommen de facto kein Geld vom Staat und die Lehrer*innen arbeiten ehrenamtlich bzw. leben von Spenden aus der Bevölkerung.

*Abg.z.NR Holzleitner:* Ein grundsätzliches Problem scheint der Umstand, dass die Menschen oft gar nicht über ihr Recht auf Bildung Bescheid wissen. Dies ist besonders kritisch bei Kindern mit Beeinträchtigungen, die einfach von Schulen abgewiesen werden und somit der Bildung fern bleiben. Die Lehrer*innenausbildung müsste sicherlich reformiert werden. In diesem Zusammenhang ist die ungenügende und veraltete Ausstattung der Universitäten, aber auch der Schulen, sicherlich eine große Herausforderung.

***PNSD: Inwiefern lassen sich Parallelen bzw. Unterschiede zur Situation in Österreich herstellen?***

© Simonis / PD

*Abg.z.NR Holzleitner:* Ich denke, eine Parallele zu Österreich ist, dass (Aus) Bildung nicht durchlässig ist, pro Schulstufe wird das System selektiver. Anders als bei uns sind die Gruppengrößen in den Klassen viel zu hoch, um qualitativ guten Unterricht zu gewährleisten. Die Politik müsste finanzielle Mittel bereitstellen, denn Investitionen in Bildung und Jugend sind Investitionen in die Zukunft!

*Abg.z.NR Cox:* Ich finde das plakativste Beispiel ist die duale Berufsausbildung in Österreich. Wir haben in Sambia eine Schule besucht, welche Jugendliche auf einen Beruf vorbereitet. Jedoch gibt es dort kein duales System an zwei Lernorten, also die praktische Ausbildung in einem Betrieb und die theoretische in einer Berufsschule. In Sambia ist die Berufsausbildung sehr theoretisch und folglich sind die Chancen auf eine Anstellung direkt nach der Ausbildung geringer.

***PNSD: Wie kann Österreich bzw. der Parlamentarische NordSüdDialog das Partnerland Sambia in diesem Kontext unterstützen?***

© Simonis / PD

*Abg.z.NR Cox:* Österreich kann einerseits mit Unternehmen vor Ort Kontakt aufnehmen und sie für die duale Ausbildung begeistern. Jedoch müssen auch die Ausbildungsstätten selber einen dualen Weg einschlagen. Dies bedeutet, dass die Jugendlichen hauptsächlich in den Betrieben sind und nur für eine gewisse Zeit in den Schulen. Bei ihrem Besuch in Österreich kann sich die Ministerin für Hochschulbildung (Anm. d. Redaktion: Hon. Luo besucht Österreich im Jänner 2019) Best-practice Beispiele ansehen und Informationen einholen, wie man die duale Ausbildung umsetzen kann.

*Abg.z.NR Holzleitner:* Ich finde auch, dass die duale Ausbildung/Lehre eine Chance für Sambia wäre und hier könnte Österreich sicherlich unterstützen. Insgesamt muss sich die nationale Ebene aber stärker zuständig für Schulen fühlen und auch die ländlicheren Gebiete mit Angeboten der Bildung und Ausbildung versorgen.

*Abg.z.NR Marchetti:* Ich denke, wir könnten insbesondere in Sachen Lehrer*innenausbildung und der Konzeption für die entsprechenden Curricula unterstützend wirken.

***PNSD: Welchen Eindruck haben Sie von der Herangehensweise in Bezug auf die Implementierung der Sustainable Development Goals in Sambia?***

*Abg.z.NR Marchetti:* Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die SDGs durchaus Thema sind und in der Arbeit einiger Politiker*innen, insbesondere Abgeordneter, eine Rolle spielen. Besonders in Bezug auf SDG 4, Hochwertige Bildung, und hier vor allem Zugang zu Bildung auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, tut sich auf verschiedenen Ebenen einiges. Im November kommt eine Strategie in Bezug auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen ins sambische Parlament. Es ist auch bis in die Regierungsebene in Diskussion, wie Community Schools in Zukunft unterstützt werden können. Beim SDG 3, insbesondere in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, gibt es große Widersprüche zwischen Gesundheitspolitiker*innen und Bildungspolitiker*innen bzw. zwischen Gesellschaft und Kirche. Diesen gordischen Knoten müsste man zuerst auflösen, damit sich in diesem Bereich etwas bewegt.

*Abg.z.NR Holzleitner:* Mein Eindruck ist ähnlich wie in Österreich, sprich es gibt keine Koordinierung in dem Sinne, dass alle Ergebnisse und Fortschritte gesammelt und interministeriell behandelt werden. Die SDGs sind außerhalb der entwicklungspolitischen Community kaum bekannt.

*Abg.z.NR Cox:* Ich denke auch nicht, dass die SDGs an erster Stelle der politischen Agenda stehen. Aber sie sind eine sehr gute Möglichkeit für Projekte, Bewusstsein zu schaffen und sie können ein guter Anlass sein, um einen produktiven Austausch und internationale Zusammenarbeit zu verstärken, wie beispielsweise auch in unserem parlamentarischen Austausch mit Sambia.

***PNSD: Wie hat sich das Kennenlernen bzw. die Zusammenarbeit mit den sambischen Kolleg*innen der Joint Parliamentary Peer Group gestaltet?***

*Abg.z.NR Holzleitner:* Das Kennenlernen war sehr angenehm und die Zusammenarbeit funktioniert tadellos. Es war spannend, über die politische Entwicklung in Sambia zu sprechen und die Probleme und Herausforderungen von Opposition und Regierungspartei zu erfahren. Das Kennenlernen hilft uns als Peergruppe, die jeweiligen Partner-Abgeordneten, die Politik, das Land und seine Gegebenheiten besser zu verstehen. Bei einem Besuch eines SOS Kinderdorf in Chipata konnten die sambischen Abgeordneten direkt vor Ort auch Probleme klären und Unterstützung anbieten.

Die Mitglieder der JPPG mit Gemeindevertreter*innen von Chipata und dem Minister for Youth, Hon. Moses Mawere (4.v.r.).

© Watson Ngandu / SOS Zambia

*Abg.z.NR Cox:* Dem kann ich nur zustimmen. Eines meiner schönsten Erlebnisse dieses Besuchs war, dass ein Kollege bei diesem Besuch in Chipata sofort auf die Anliegen der Dorfbewohner*innen reagiert hat und nun einen Krankenhausaufenthalt für zwei erkrankte Burschen organisiert, weil es im Dorf keine ärztliche Behandlung gibt. Ich fand diesen Hands-on-approach sehr inspirierend. Ansonsten gestaltet sich das Leben der Abgeordneten natürlich ganz anders als in Österreich, aber das ist wahrscheinlich in jedem Land so. Ich habe den sehr menschlichen Austausch sehr geschätzt. Der Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Kolleg*innen ist sehr wertvoll.

*Abg.z.NR Marchetti:* Wir haben uns im Rahmen der Besuche der unterschiedlichen Institutionen besser kennengelernt und intensiv ausgetauscht. Höhepunkt war eine gemeinsame Sitzung der Peer Group am Montag, wo wir unsere Eindrücke nachbesprochen und gemeinsame Themen für die Zukunft geplant haben. Die Abgeordneten aus Sambia haben sich viel Zeit genommen und waren auch sehr ehrlich und zugänglich für kritische Diskussionen. Insgesamt konnte ich einen sehr positiven Eindruck von der Zusammenarbeit der Peer Group gewinnen und wir werden auch in Zukunft laufend in Kontakt bleiben.

Bei der Diskussion mit Sozialarbeiter*innen und Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung konnten zahlreiche Problemlagen, denen sich die Menschen in Sambia gegenüber sehen, angesprochen werden.

© Watson Ngandu / SOS Zambia

Unter dem Mangobaum – Gespräch und Austausch mit der Community in Chipata.

© Watson Ngandu / SOS Zambia

***PNSD: Welche Gemeinsamkeiten haben sich in Bezug auf eine weitere Zusammenarbeit im Parlamentarischen NordSüdDialog ergeben? Gibt es konkrete Ideen für den zukünftigen Austausch?***

*Abg.z.NR Cox:* Ich finde das Thema der „dualen Ausbildung" sollten wir auf jeden Fall weiter verfolgen. Ich habe hier bereits auch einen ersten Kontakt mit der UNIDO hergestellt. Es ist auch zu einem Gespräch mit der österreichischen Vertreterin von SOS Kinderdorf gekommen, und ich denke, unser Feedback zum Projektbesuch in Chipata hat dem Team in Österreich auf jeden Fall weitergeholfen.

*Abg.z.NR Marchetti:* Bei den Besuchen auf den Universitäten haben wir festgestellt, dass sowohl Sambia als auch Österreich ein großes Problem dabei haben, Frauen für technische Ausbildungen, Studien und Berufe zu begeistern. Hier haben wir besprochen, dass wir gemeinsam an Lösungen arbeiten möchten. Aber auch über Austauschprogramme für Studierende haben wir gesprochen. Dazu ist die Ministerin für Hochschulbildung im Jänner 2019 in Wien und wir arbeiten daran, im Rahmen ihrer Reise auch dieses Thema in Österreich voranzutreiben.

*Abg.z.NR Holzleitner:* Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, den Dialog einer noch breiteren Bevölkerung in beiden Ländern zu vermitteln, auch im Sinne der Agenda 2030 – je mehr Menschen von den SDGs erfahren, desto mehr politischer Druck kann aufgebaut werden, um die Umsetzung voranzutreiben.

***PNSD: Was ist Ihr abschließendes Resümee zur Delegationsreise nach Sambia im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs?***

*Abg.z.NR Marchetti:* Ich war mit der Organisation und dem Programm der Reise sehr zufrieden. Wir konnten einen umfassenden Eindruck in einer doch recht kurzen Zeit gewinnen. Ein Highlight war der Besuch der University of Zambia und der Community School in Chipata. Hier konnte ich wertvolle Informationen über die Bildungspolitik des Landes sammeln.

*Abg.z.NR Holzleitner:* Die Reise war sehr gut vorbereitet, und das bereits in den Meetings der JPPG in Österreich. Der Besuch verschiedener Bildungseinrichtungen war sehr spannend, besonders vor dem Hintergrund, dass man bei uns Dinge für selbstverständlich nimmt, die es in Sambia so gar nicht gibt. Besonders wertvoll war auch das Kennenlernen Sambias außerhalb der Hauptstadt Lusaka.

*Abg.z.NR Cox:* Der Besuch einer Community School war sehr spannend und hat einem vor Augen geführt, was man aus wenigen Ressourcen aber mit viel Herzblut machen kann. Ich war von dieser Arbeit sehr beeindruckt.

***PNSD: Vielen Dank für dieses Gespräch und Ihre Einschätzungen unseres Projekts.***

# Job creation for our Zambian youth – from challenges to action

## The first INDABA in the National Assembly of Zambia focused on a highly relevant topic

Aubrey Chiwati, PRP Department, National Assembly of Zambia

The Joint Parliamentary Peer Group (JPPG) with MPs from Zambia and Austria focuses on the topic of youth and education. In accordance with this the JPPG wants to oversee the implementation of the Sustainable Development Goal 4 *"Ensure inclusive and equitable quality education and promote lifelong learning opportunities for all"* in Austria and Zambia. During the project inception stage, it was agreed that in addition to other activities two INDABAs should be held at the National Assembly of Zambia dealing with issues related to the above-mentioned SDG. Thus, the Zambian Peer Group Members hosted their first INDABA on the 8th and 9th of October 2018 at the National Assembly premises with special focus on SDG target 4.4. "By 2030, substantially increase the number of youth and adults who have relevant skills, including technical and vocational skills, for employment, decent jobs and entrepreneurship".

The overall objective of this INDABA was to assess the prevailing situation in Zambia on the implementation of SDG 4.4. Among the participants were Members of Parliament, representatives from the Ministry of Gender, University of Zambia, Examinations Council of Zambia, UN agencies and civil society organisations working in the education sector.

The INDABA was officially opened by the First Deputy Speaker of the National Assembly of Zambia, Hon. Catherine Namungala. In her opening remarks she stated that the availability of a skilled workforce is necessary to support the transition of all economic sectors towards highly productive activities, raise labour productivity and attract investment into the economy. Hon. Christopher Kalila, one of the Members of the Joint Parliamentary Zambia Peer Group, stated that the INDABA was aimed at actualising the constitutional mandate by enhancing the capacity of MPs to provide oversight over the implementation of the SDGs. He noted that the INDABA was about exchanging knowledge on how to collectively implement and realise SDG 4.

PNSD coordinator, Mrs. Jutta Kepplinger, after presenting the background and the goals of the NorthSouthDialogue of Parliaments, explained the Austrian Dual Vocational Education system. Under this system, a young person usually at the age of 15 is entitled to enter apprenticeship training.

Opening by the First Deputy Speaker of the National Assembly of Zambia, Honourable Catherine Namungala.

© National Assembly of Zambia

The major part of the apprenticeship training in the dual system is the company-based practical training, which is accompanied by a school-based theoretical education. Under this system, the apprentices complete main parts of their training in the real environment of a manufacturing plant or a service enterprise.

Several inputs of speakers from different fields of expertise allowed for a detailed analysis of the current situation in the (vocational) education sector (for young people) in Zambia vis-a-vis SDG 4.4.

The following were major observations and recommendations:

1. With regards to demand responsiveness there is need to strengthen linkages with the industry
2. Necessity to revise and update the respective legal Acts on the vocational education system
3. There is a need to have continuous training of professionals and develop programs to guarantee quality
4. To be able to offer access to the system there is need to enhance all learners pathways
5. Promote female enrolment in technical programs

This analysis forms the basis of the focus of the second INDABA which will tackle the challenges identified and will take place on the 4th and 5th of March 2019.

## THE AUTOR

Aubrey Chiwati works at the Parliamentary Reforms Programme Department (PRPD) of the National Assembly of Zambia (NAZ). He is among the main contact persons with regards to the NorthSouthDialogue of Parliaments project in the NAZ and coordinates various activities of the cooperation between Zambia and Austria.

Participants of the INDBA including the First Deputy Speaker, the Members of the Peer Group, the NorthSouthDialogue Coordinator and the Barefeet Company Dance Group.

© National Assembly of Zambia

The members of the Zambian Peer Group, Hon. George Mwamba, Hon. Christopher Kalila, Hon. Patricia Mwashingwele and Hon. Jonas Chanda, at the front gate of the National Assembly of Zambia inviting to the INDABA.

© Jutta Kepplinger (PNSD)

# Inclusive technical and vocational skills training in Zambia: opportunities and challenges

Clive Mutame Siachiyako, TEVETA Zambia

The Technical Education, Vocational and Entrepreneurship Training Authority (TEVETA) regulates, coordinates and monitors technical education, vocational and entrepreneurship training (TEVET) in Zambia in consultation with industry, employers, employees and other stakeholders in Zambia. Broadly, TEVETA develops curriculum and training systems, registers learning institutions offering technical, vocational and entrepreneurship training, manages the TEVET Fund and assesses and certifies learners in the sector.

The Zambian TEVET sector has a number of training pathways. These include:

- Institutional-Based Learning
- Open, Distance and Flexible Learning
- Work-Based Learning
- TEVET Learnership Scheme
- Secondary School Vocational Education and Training

Training institutions offering training under any pathway are required to register with TEVETA. The bulk of the training is institutional based. The TEVET Learnership is similar to Apprenticeship training that most countries implement. The Learnership is a Dual Based Training, which combines theoretical classroom education and on-the-job-training at a workplace. The approach is based on industry's willingness to partner with training institutions.

## Challenges of the TEVET sector in Zambia

Access, quality, relevance, gender parity and long term financing are the main sector challenges, each of which will be explained separately below.

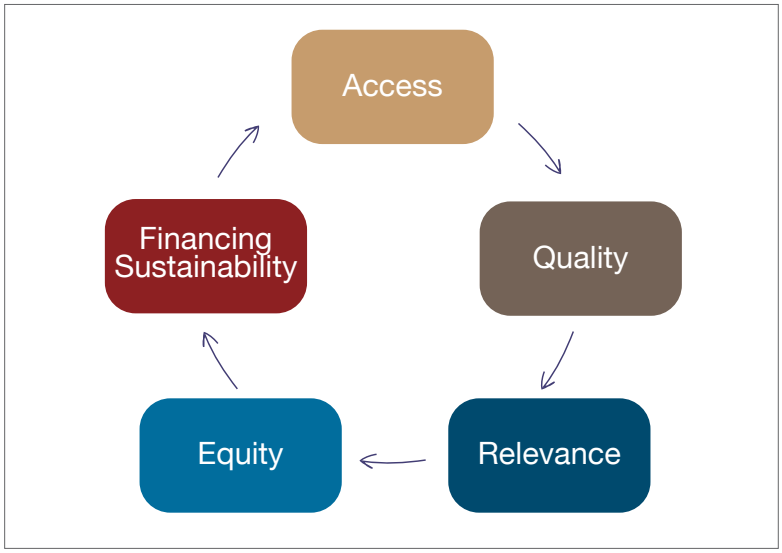
## ACCESS

Access to TEVET is mainly a challenge, inter alia, due to the limited number of training institutions and the concentration of training institutions in four provinces (along the line of railway connections) out of the ten provinces of Zambia. About 82% of training institutions registered by TEVETA are in these 4 provinces (see chart on page 9). People in provinces away from the line of the railway are denied access to training. These provinces have a limited pool of skilled persons to drive and stimulate development. Skilled labour to undertake developmental projects in these areas is imported from elsewhere, thus depriving people and provinces of income. Government policy to construct new trades training institutes is key in increasing access to TEVET and empowering people with lifelong skills required in meeting national and sustainable development goals.

## QUALITY and RELEVANCE

Quality of skills is affected by both little investment in modern equipment and workshops and the lack of capacity building on trainers. Most trainers have been trained on old equipment and have remained behind on new technologies. The trainers cannot adequately impart skills using modern equipment in cases when its acquired, hence affecting the quality of skills supplied to the industry. The quality of TEVET also has a bearing on the relevance of the training. When trainers are not up-skilled, the delivery of a relevant and quality training is negatively affected. Coupled with low-scale industry–training collaboration, the relevance of skilled persons for some industries has become more challenging. Industry–training sector collaborations are based on willingness rather than policy. Incentives to attract industry to such collaborations are non-existent. Instead some sectors, like the mining

Fig. 1: Summary of challenges of TEVET in Zambia. Source: TEVETA



sector, run their own training centres whilst some hire foreign skilled persons. Collaboration between training and industry is possible at curriculum development, internships/apprenticeship or skills audits. To ensure that skills developed in TEVET is relevant to the industry, curriculum development and reviews are collaboratively done between TEVETA and relevant industries to narrow the theoretical – practical divide. Industry actors, especially when backed and financed by foreign investors, have modern equipment for improved production processes that TEVET can benefit from in improving quality and relevance of skills.

There is also a shift from technical and vocational training to business training in the sector. Low costs for providers to run business programmes, increasing demand and preference for programmes that lead to white colour jobs drive this shift. Business programmes have become a money-spinner to trades training institutes. However, this threatens Zambia's competitiveness in the region as artisans, technicians and other skilled persons required in the country's economic mainstays of mining, tourism, agriculture and other sectors will be in further short supply. The shift puts Zambia into a more consumption and trading country position instead of production and value adding to earn more from the resource endowment. Job creation and poverty reduction are risked when skilled persons to drive the process are in short supply.

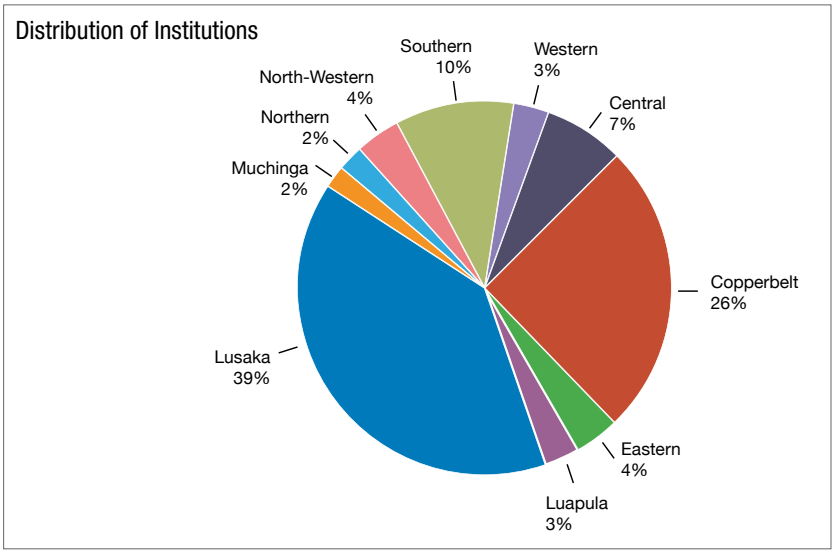
## GENDER PARITY

Equity-wise, TEVET has remained dominated by male students. Female learners prefer business programmes in relation to technical and science ones. According to TEVETA learner data management system statistics for the period 2010 – 2017, about 92% and 56% of the learners in technical and science programmes were male. Incentivising TEVET with female scholarships and employment quotas for girls with technical and science qualifications might help narrow the divide. Further, increasing the number of technical girls' schools could lead to having girls with technical and science career inclination and strengths. The impacts of female scholarships in TEVET and increasing number of technical girls' schools have not been assessed in relation to gender equity in TEVET.

## FINANCE

Financing the sector has been a challenge for years. The sector is very cost-intensive as it requires workshops, equipment and tools to ensure relevant training and equip learners with sufficient practical skills they can easily apply when they transition into the industry. The Skills Development Fund was introduced in 2017 to address the financing need. The financing pillars of the Skills Development Fund focus on infrastructure development, equipment and tools acquisition, informal sector training, scholarship provisions to TEVET and strengthening the sector's leaner support systems.

Fig. 2: Main training institutions are in four provinces along the line of rail, denying far flung provinces access to training. Source: TEVETA




## CONCLUSION

Despite its challenges, the TEVET sector in Zambia provides many opportunities for lifelong learning. The sector offers opportunities to those who have not been to school as long as they are trainable to acquire skills. Social, economic and political stakeholders place high value on the sector to empower young people and adult learners with different skills to improve their productivity at different scales. The North-SouthDialogue of Parliaments project is one of the steps aimed at finding solutions to the TEVET sector by including relevant stakeholders in defining ways forward. This political sphere is creating opportunities for effective training–industry collaborations through legal and policy realignments towards quality, inclusive and equitable lifelong learning. In one such discursive sphere the necessary amendment of the Zambian Apprenticeship Act of 1965 and its merger with the Skills Development Levy Act emerged, so that incentives are provided to the industry collaborating with the training sector. The Apprenticeship Act of 1965 is outdated and under the domain of the Ministry of Labour instead of the Ministry of Higher Education, which deals with the TEVET sector. The creation of skills clusters to serve as advisory groups on skills gaps and mismatches are some of the approaches the international collaboration has ignited.

## THE AUTOR

Clive Siachiyako is Manager of Information, Education & Communications at TEVETA with research interest in green skills development and community-based participatory processes.

# PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

## Wissen und Bildung als Schlüssel für eine aktive demokratische Partizipation

Sari Krammer, Österreichisches Parlament, Abteilung Politische Bildung

Rund 7.000 Kilometer liegen zwischen Österreich und der im südlichen Afrika liegenden Republik Sambia. Bei dem Wunsch, Jugendlichen moderne demokratiepolitische Bildungsprogramme anzubieten, liegen die beiden Länder jedoch ganz nah beieinander. Das Programm soll nicht nur das Verständnis für ein demokratisches System und die Arbeit des Parlaments stärken, sondern auch das Interesse an politischer Partizipation und Meinungsbildung stärken und Bürger*innen als aktiven Teil der Gesellschaft und Demokratie wahrnehmen lassen.

### There can be no democracy without parliament

Der Parlamentarische NordSüdDialog (PNSD) koordiniert und begleitet seit 2006 langfristige Partnerschaften zwischen dem österreichischen Parlament und einem Parlament im südlichen Afrika. Die seit Anfang 2017 begonnene Zusammenarbeit zwischen der National Assembly of Zambia (NAZ) und dem österreichischen Parlament hat zum Ziel, im Sinne der SDGs, die Entwicklung zu ATOM Parliaments (Accessible, Transparent, Open, Modern) zu stärken. Die Schwerpunkte des Projekts wurden in Arbeitsbesuchen 2016 festgelegt und beinhalten u.a. die Erstellung eines demokratiepolitischen Bildungsprogramms. Ziel der dreijährigen Zusammenarbeit ist es, partnerschaftlich und im Dialog das bereits bestehende Programm für sambische Jugendliche, das zur Zeit von der National Assembly of Zambia angeboten wird, zu evaluieren und bestmöglich für die Anforderungen und Herausforderungen der heutigen Zeit zu adaptieren.

Knapp zehn Jahre davor, 2007, hatte auch das österreichische Parlament ein ähnliches Projekt gestartet. Ziel war ebenfalls die Evaluierung bestehender Programme für Kinder und Jugendliche und in weiterer Folge die Erstellung eines abgestimmten, modernen und mutigen Angebots an Politischer Bildung in unterschiedlichsten Formaten, von Workshops über Führungen, Jugendparlamenten und verschiedenen Websites.

Das Team der jeweiligen sambischen und österreichischen Abteilungen, die gemeinsam am demokratiepolitischen Bildungsprogramm arbeiten, im Büro der sambischen Parlamentsdirektorin, Cecilia Mbewe (Dritte v. r.).

© National Assembly of Zambia

Sowohl die National Assembly of Zambia als auch das österreichische Parlament sehen die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, die – neben den bekannteren Aufgaben eines Parlaments wie Gesetzgebung und Kontrolle –, ebenso wichtige Aufgabe der Sicherstellung der Transparenz in einem modernen Parlament auszubauen, konkret auch die Bürger*innen aktiv miteinzubeziehen. Die in diesem Zusammenhang interessante Kennzahl in der NAZ Communication Strategie 2017-2021 („how close is Parliament to the people“) liegt bei 36 %. Dies stellt grundsätzlich eine Steigerung seit 2011 dar, die unter anderem durch ein Parlaments-Radio und der Möglichkeit, Sitzungen zu besuchen, erzielt werden konnte. In Gesprächen mit verschiedenen Personen und auch Schüler*innen hat sich aber gezeigt, dass die Tatsache, dass das Parlament offen für Besucher*innen ist, kaum bekannt war. Ziel in der Zusammenarbeit des NordSüdDialogs musste es also sein, ein modernes Bildungskonzept zu entwickeln. Mit der Begleitung dieses Projekts wurde im österreichischen Parlament die Abteilung „Politische Bildung“ betraut. Diesen Prozess in Sambia, ähnlich dem in Österreich, zu begleiten, ist eine Herausforderung auf beiden Seiten, da aus Erfahrungen, Methoden, Erfolgen, Fehlern, Problemfeldern und Erkenntnissen gelernt werden kann. Civic Education ist ein Bereich, der nie still steht und sich immer weiter entwickelt.

### Zambian learners need to know the functions of parliament

In den beiden Arbeitstreffen im Februar und Oktober 2018 in Lusaka wurden Vertreter*innen möglicher Stakeholder eines demokratiepolitischen Bildungsprogramms zur Zusammenarbeit ins Parlament eingeladen. Die Mitarbeiter*innen der NAZ eröffneten damit erstmals für Expert*innen,

Sari Krammer als Ressource Person bei einer Gruppenarbeit im Rahmen des Workshops für die Erstellung des demokratiepolitischen Bildungsprogrammes für die National Assembly of Zambia.
© Jutta Kepplinger (PNSD)

Einbindung der Zielgruppen – Schüler*innen arbeiten an einer Präsentation über ihre Vorstellungen und Erwartungen bezüglich der Inhalte und Abläufe von Aktivitäten im Rahmen des Bildungsprogrammes. © Jutta Kepplinger (PNSD)

Medienvertreter*innen, NGOs und Betroffenen die Möglichkeit, das bestehende Angebot kennen zu lernen und mit ihnen ganz offen über mögliche Stärken, Schwächen und Veränderungen zu sprechen. Sich Meinungen und vor allem auch Kritik anderer zu stellen, ist für jede Verwaltung in jedem Land ein sehr mutiger Schritt.

In den Workshops wurde unter anderem „all Zambian Learners“ als Zielgruppe definiert. Kinder und Jugendliche stellen in Sambia wie auch in Österreich eine der schwierigsten und sensibelsten Zielgruppen dar. Wie erreicht man sie? Was interessiert sie? Warum waren sie bis jetzt nicht interessiert? Was beeinflusst sie? Wie lässt man die jungen sambischen Bürger*innen ihren gesellschaftlichen Wert und ihre Beteiligungsmöglichkeiten erkennen? Welches Selbstverständnis haben sie? Die NAZ plant, Programme für das Altersspektrum von 3 bis 19 Jahren anzubieten – ein sehr ambitioniertes Vorhaben.

Die Bedeutung der jungen sambischen Bevölkerung für die Stärkung der Demokratie in Sambia – fast die Hälfte der 16,5 Millionen Menschen in Sambia sind unter 15 Jahre alt – ist für alle Beteiligten immanent. Gemeinsam wurde der Wunsch geäußert, die Zielgruppe stärker ans Parlament zu binden, ihnen Werkzeuge für aktive Partizipation mitzugeben und sie auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Dafür wurden auch Schüler*innen in den Entwicklungsprozess eingebunden, als ein Publikum, das oftmals kritischer und offener war, als die erwachsenen Teilnehmer*innen.

Die Involvierung und das Arbeiten mit den Stakeholdern und der Zielgruppe war für alle eine sehr intensive Zeit. An dieser Stelle muss ich den Kolleg*innen des NAZ meinen Dank für ihr offenes, äußerst professionelles und engagiertes Arbeiten aussprechen. Ich hatte den Eindruck, dass durch den Informationsaustausch über bereits existierende Projekte und Angebote keine Unsicherheit entstanden ist, sondern großes Selbstbewusstsein sowie, auf beiden Seiten, die Sicherheit eines gemeinsamen Ziels. Sollten auch einige der Ideen nicht umgesetzt werden können, hat sich ihr Blick und ihre Einstellung zu dem Thema sicherlich nachhaltig geweitet – so groß das Engagement ist, vieles bleibt aber eine Entscheidung der Politik.

Die Begleitung dieser Workshops, der Denkprozesse, der A-ha-Erlebnisse führten mich wieder zum Anfang zurück, zur ersten Vision und der Erkenntnis, dass man immer wieder zur Grundlage seiner Überlegungen und Ideen zurückkommen und diese prüfen und durchdenken muss. Gesellschaften, Systeme und Anforderungen verändern sich. Ich empfinde es als bereichernde Erfahrung, diese Kooperation von Anfang an mitbegleiten zu dürfen und freue mich über die Ergebnisse unserer Zusammenarbeit.

## DIE AUTORIN

Sari Krammer arbeitet im Österreichischen Parlament in der Abteilung „Politische Bildung“ und betreut die Zusammenarbeit zum demokratiepolitischen Bildungsprogramm mit dem sambischen Parlament im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs.

Projektleiterin Jutta Kepplinger, Mitglied des PR-Core Teams Pauline Monga, Sari Krammer und Victor Makashi, der gemeinsam mit seinen Student*innen die Icons für das demokratiepolitische Bildungsprogramm entworfen hat.
© National Assembly of Zambia

# Global Education Monitoring Report – Migration, displacement and education

## The 2019 Report shows the importance of inclusive education for migrants and refugees to achieve SDG 4

Manos Antoninis, UNESCO Paris

Launched at events across five continents at the end of November, the new Global Education Monitoring Report "Building Bridges, not Walls" shows that addressing the education needs of migrants and refugees is crucial if we are to achieve SDG 4. No matter the target in SDG 4, the needs of migrants and refugees are often found to be unanswered. Whether in target 4.3, where we find only 1% of refugees are in higher education, in 4.4, where we see the challenges faced by migrants and refugees to have their qualifications recognized, target 4.6, where the literacy skills of migrants who do not speak the language of their host country are doubly challenged or 4.c where teacher migrants are faced with difficulties finding work, the message of leave no-one behind rings out loud.

The 2019 GEM Report looks at the need for education systems to adapt to the movement of people.

Internal migration can lead to millions of children being left behind, to the growth of informal settlements where public education is often scarce, and to large scale rural school closure and consolidation. For example, half of schools closed in the Russian Federation in 15 years. International migration can lead to brain drain with at least one in five of highly skilled people are emigrating in 27% of countries. Displacement leads to pressure being put on already weak systems, particularly in Africa. Refugees and internally displaced persons (IDPs) are some of the most vulnerable in the world, and yet are often denied an education. A total of 1.5 billion refugee school days have been missed since the landmark New York Declaration was signed just two years ago.

Education can also shape migration flows: The higher the education level, the higher the probability of migration (see Fig. 1). Those with tertiary education are twice as likely to migrate internally and five times as likely to emigrate

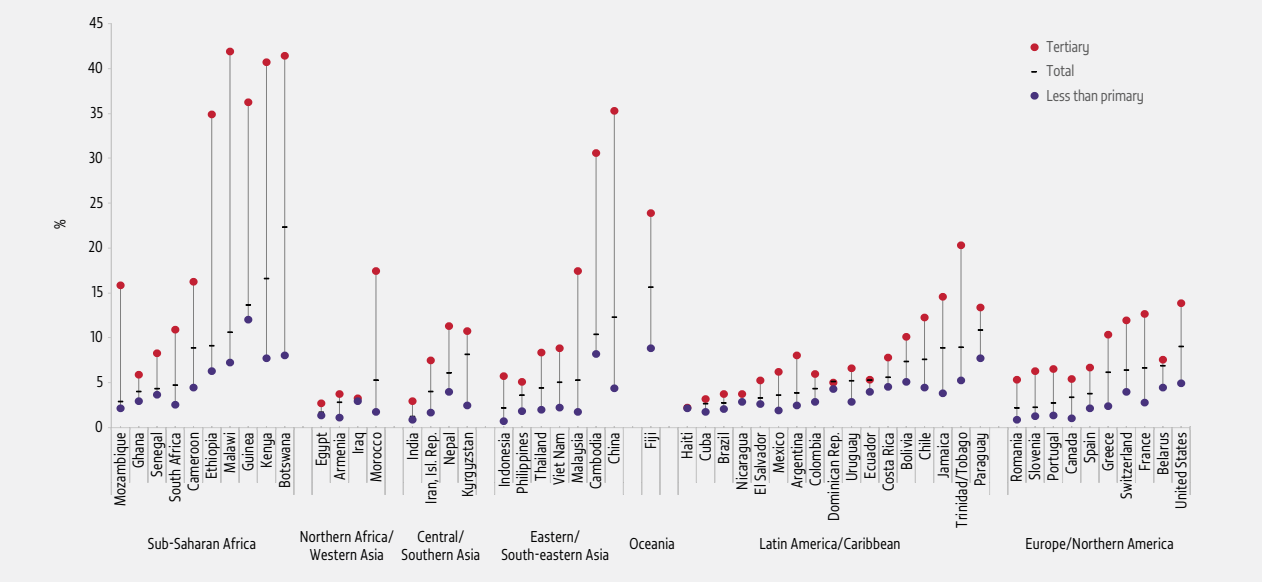



Fig. 1: **The more educated are more likely to migrate**
Migration intensity rate by education, selected countries, five-year intervals, 1999-2010
*Source: GEM StatLink:* http://bit.ly/fig2_3, Bernard et al. (2018), GEM Report p. 16

abroad as those with primary education. With relatively few exceptions, immigrants are also more educated than natives on average, even in countries that do not pursue selective immigration policies.

The 2019 GEM Report found multiple positive signs of a move towards including refugees and migrants in national education systems. Today, 8 out of the 10 top hosting countries include refugees in their national education systems. Countries such as Chad, the Islamic Republic of Iran and Turkey have shouldered considerable costs to ensure refugees attend school side by side with nationals (see Fig. 2). In the Djibouti Declaration, seven countries from eastern Africa committed to integrate refugees into education sector plans by 2020. Uganda has already fulfilled this promise.

For immigrants, positive pockets of action are seen as well. While less than one in ten high income countries had fully adopted multiculturalism in education in the 1980s, over two-thirds had done so at least partially by 2010. Canada makes sure children learn about migration starting in second grade and has enshrined multi-culturalism in its constitution. Ireland, with the highest percentage of first generation immigrants in the European Union, succeeded in funding an intercultural education strategy while in the midst of a deep financial crisis.

In Vertretung des Präsidenten des Nationalrats, Wolfgang Sobotka, begrüßte Parlamentsdirektor Harald Dossi am 11. Dezember 2018 zur Präsentation des "Global Education Monitoring Reports 2019" zum Thema Bildung und Migration im Palais Epstein.

© Johannes Zinner / PD

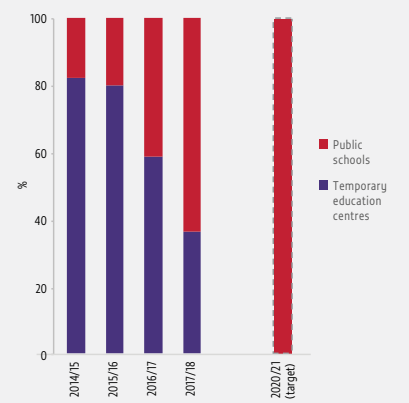
## Nonetheless, major barriers persist

Immigrants may be nominally included but practically excluded from schools, kept in preparatory classes too long, or separated into slower school streams as in many European countries, compounding their disadvantages. While policies may have moved towards inclusion, discrimination may persist with prohibitive amounts of paperwork required to enrol. Teachers require more training. In six European countries, half of teachers said they had insufficient support managing diversity in classrooms. Immigrant children may advance relative to peers in home countries, but lag behind peers in host countries. In 2017, in the European Union, twice as many young people born abroad left school early compared to natives (see Fig. 3).

Refugees are still sometimes outright excluded from national education. Rohingyas in Bangladesh, Burundians in the United Republic of Tanzania and many Afghan refugees in Pakistan can only get an education in separate, non-formal, community-based or private schools. Some host countries do not provide refugees with the language tuition they need to integrate and find decent work. Asylum-seeking children in detention

## Präsentation des Global Education Monitoring Reports im österreichischen Parlament

Am 11. Dezember 2018 wurde der Global Education Monitoring Report der UNESCO erstmals im österreichischen Parlament und unter Einbeziehung der Joint Parliamentary Peer Group des Parlamentarischen NordSüdDialogs präsentiert. Der Bericht mit dem Titel „Migration, Flucht und Bildung – Brücken bauen statt Mauern“ stellt aktuelle globale Forschungsergebnisse dar, wonach Kindern von Geflüchteten sowie Migrant*innen das Recht auf hochwertige Bildung in vielen Ländern der Welt noch nicht hinreichend gewährt wird. Staaten sollten im Sinne des SDG 4 „Hochwertige Bildung für alle gewährleisten“ und „Leave no one behind“ Bildung unabhängig vom Aufenthaltstitel gewährleisten.




*Source:*
*GEM StatLink:*
http://bit.ly/fig4_4
Arik Ayuz (2018).
GEM Report p. 62

Fig. 2: **No Syrian refugee children will attend temporary education centres in Turkey by 2020**
Distribution of enrolled Syrian refugee children in Turkey by school type.

Bilal Barakat von der UNESCO Paris präsentierte die wichtigsten Ergebnisse des Global Education Monitoring Reports 2019 im Österreichischen Parlament.

© Johannes Zinner / PD

Die österreichischen Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group kommentierten die Erkenntnisse des Global Education Monitoring Reports, vor allem in Bezug auf die Situation in Österreich.

© Johannes Zinner / PD

in countries such as Australia, Hungary, Indonesia, Malaysia and Mexico have limited or no access to education.

Despite political will, the degree of refugee inclusion can also be affected by a lack of resources. Kenya allows refugees to benefit from its national curriculum but its refugee learners are living in camps where they are unable to interact with their Kenyan peers. Lebanon and Jordan, hosts to the largest number of refugees per capita, do not have the resources necessary to build more schools. They have established separate school shifts for citizen and refugee children, which limits interaction between the two groups.

## GEM 2019 recommendations

The GEM Report is an action plan for countries to fulfil the commitments they made when signing up to the Global compacts on refugees and migrants. It is crucial reading for all those looking at actions to prioritise in working towards SDG 4. Its recommendations are as follows.

| | |
|---|---|
| 1 | Protect the right to education of migrants and displaced people |
| 2 | Include migrants and displaced people in the national education system |
| 3 | Understand and plan to meet the education needs of migrants and displaced people |
| 4 | Represent migration and displacement histories in education accurately to challenge prejudices |
| 5 | Prepare teachers of migrants and refugees to address diversity and hardship |
| 6 | Harness the potential of migrants and displaced people |
| 7 | Support education needs of migrants and displaced people in humanitarian and development aid |

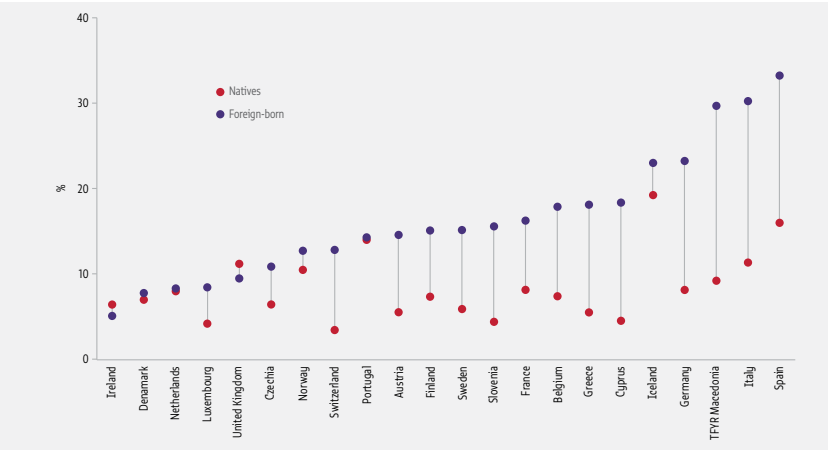



Fig. 3: **Immigrants are more likely than natives to leave school early**
Early leaver rate from education and training among youth aged 18 to 24, selected European countries, 2017
*Source: GEM StatLink:* http://bit.ly/fig3_7, Eurostat (2017), GEM Report p. 41

The report is available:
https://en.unesco.org/gem-report

## THE AUTHOR

Manos Antoninis is a monitoring and evaluation specialist who has supported numerous education projects with his expertise. The holder of degrees from the Athens University of Economics and Business, and the University of Oxford, he has been the Director of UNESCO's Global Education Monitoring Report since 2017.

# Menschen mit Fluchterfahrung

## Durch Bildung zur gesellschaftlichen Teilhabe? Ein Kommentar aus der Praxis

Lisa Oberbichler, PROSA – Projekt Schule für Alle!

Die 2015 formulierten Sustainable Development Goals zielen im Artikel 4 darauf ab, bis 2030 allen Menschen einen Zugang zu Bildung zu gewähren. Österreich hat diesbezüglich erheblichen Aufholbedarf, wenn es um das Recht auf Bildung von Menschen mit Fluchterfahrung geht. Um diesem strukturellen Ausschluss entgegenzuwirken, hat sich 2012 „PROSA – Projekt Schule für alle!“ gegründet. Die in Wien stationierte selbst organisierte Schulinitiative zielt darauf ab, für jene das Recht auf Schule zu gewährleisten, die von staatlichen Maßnahmen ausgeschlossen sind: Asylwerbende und Asylberechtigte ab 15 Jahren, die mit der Pflicht zur oft das Recht auf Schule verlieren.

Durch Gespräche und Interaktionen mit Geflüchteten wurde bald klar, dass nicht nur das Angebot an Basisbildungs- und Deutschkursen unzureichend ist, sondern vor allem auch die wenigen Pflichtschulabschlusskurse gesellschaftliche Teilhabe in Österreich verhindern. Denn ohne formale Bildungsabschlüsse sind die Ausbildungs- und beruflichen Chancen gering. Dass der Bedarf danach sehr groß ist, zeigen die Anmeldezahlen alleine bei PROSA: über 500 Anmeldungen pro Semester, von denen nur ein Bruchteil aufgenommen werden kann. Allerdings: statt die Bildungsangebote für Menschen mit Fluchterfahrung dem Bedarf entsprechend auszubauen, bewegen wir uns aufgrund der Unterfinanzierung von Initiativen wie PROSA zunehmend vom Ziel „Bildung für alle!“ weg.

### Fazit 1: Es braucht mehr Angebot an Basis-, Deutsch- und Pflichtschulabschlusskursen um Menschen mit Fluchterfahrung eine gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung zu ermöglichen.

Neben der Hürde, überhaupt einen Schulplatz zu finden, gibt es weitere Barrieren, die Menschen mit Fluchterfahrung das Lernen erschweren: die Unsicherheit wieder abgeschoben zu werden, prekäre Wohnverhältnisse, Ausgrenzungserfahrungen in Österreich, traumatische Erlebnisse im Herkunftsland usw. Eine Schule oder Bildungseinrichtung als strukturgebende Alltagsgestaltung übernimmt eine wichtige Rolle für die psycho-soziale Gesundheit – vor allem dann, wenn der Ort von den Lerner*innen als Vertrauensraum erfahren wird, in dem sie keinen Anfeindungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus ist es notwendig, professionalisierte Unterstützung Vorort zu haben. Die Sozialarbeiter*innen als vertraute Ansprechpersonen und Berater*innen sind wichtige Anker für Lerner*innen, um ihre Sorgen teilen und so leichter lernen zu können.

*Es ist wichtig, gleichzeitig dahingehend zu arbeiten, die Lerner*innen nicht in der Fremdzuschreibung zu bestätigen, die „zu integrierenden defizitären Anderen“ zu sein.*

Für die Pädagog*innen bedeutet es, sich sensibel mit den Bedürfnissen der Lerner*innen auseinanderzusetzen und Lerninhalte entsprechend zu gestalten. Der Druck, formal richtiges Deutsch, Mathe, Englisch zu lernen ist eine Herausforderung, um handlungsfähig zu sein und gesellschaftlich zumindest ansatzweise gehört zu werden.

Für den Deutschunterricht heißt dies konkret: Grammatik richtig zu lernen und zugleich Sprache und Handlungsoptionen zu erarbeiten, wie man sich bei Anfeindungen wehrt. Im Hinblick auf die Lehrplangestaltung ist der Fokus auf Handlungswissen im Alltag sehr zentral: Anträge ausfüllen, über Körper und Gesundheit sprechen, Termine vereinbaren, rechtliche Grundlagen zu Asyl- und Gleichstellungsrecht etc. zu kennen. Welche Themen von Bedeutung sind und wo Lernbedarf besteht, ist mit den Lernenden gemeinsam auszuverhandeln. Begründen lässt sich dies einerseits darin, dass Bildung neben kritischer Reflexion immer Handlungsfähigkeit zum Ziel haben muss. Andererseits zeigt die Erfahrung, dass Menschen ungleich schneller lernen, wenn die Lerninhalte mit den eigenen Lebensrealitäten in Beziehung stehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt um Schulabbrüche zu verhindern, ist die Präsenz positiver Rollenvorbilder und Identifikationsfiguren an den Bildungseinrichtungen. Das bedeutet, die Bildungseinrichtung personell so aufzubauen, dass die Lerner*innen in manchen der Trainer*innen, Buddies und Teamteacher*innen sogenannte *rolemodel* finden: Menschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, aus ähnlichen Kontexten kommen, schon länger hier sind und für sich Wege der Teilhabe in Österreich erkämpft haben. Möglich wird dies einerseits, indem Alumnis ausgebildet werden und in der Bildungseinrichtung wichtige Funktionen und Aufgaben übernehmen. Andererseits dadurch, dass

Sassan Esmailzadeh vom Projekt “PROSA – Schule für Alle” gibt bei der Präsentation des Global Education Monitoring Reports im österreichischen Parlament einen Einblick in die Praxis und die Lebenswelten von geflüchteten Menschen in Österreich, die einen Pflichtschulabschluss nachholen.

© Johannes Zinner / PD

Bildungsabschlüsse von Lehrer*innen mit Fluchterfahrung in Österreich deutlich schneller anerkannt werden. So hat sich u.a. im Bezug auf Basisbildung gezeigt, dass Unterrichtseinheiten in einer gemeinsamen Erstsprache maßgeblich dazu beitragen, dass Lernende sich Wissen schneller aneignen können und somit auch zukünftige Lernerfolge positiv bedingen.

Fazit 2: Damit Lernen stattfinden kann, braucht es mehr als einen Schulplatz. Es braucht sozialarbeiterische Unterstützung vor Ort, Identifikationsfiguren und selbstermächtigende Lerninhalte.

Wie sich gezeigt hat, können sich Bildungseinrichtungen institutionell so organisieren, dass sie Lernende bestmöglich in ihrem Lernerfolg unterstützen. Die innerschulischen Rahmenbedingungen reichen allerdings nicht aus, um das Recht auf Lernen für Alle zu gewährleisten. Zum einen braucht es weit mehr Kurs- und Schulplätze und eine Ausfinanzierung der bestehenden Angebote. Zum anderen sind strukturelle Änderungen notwendig, um Menschen mit Fluchterfahrung zu entlasten, schulische Lernerfolge zu garantieren und eine echte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

So ist das größte Hindernis für viele Lernende mit Fluchterfahrung der oft nach wie vor unsichere Aufenthaltsstatus. Für viele Lerner*innen ist der Übergang in die Volljährigkeit ein maßgeblicher Einschnitt in ihrer Lernbiographie. Während Geflüchtete bis 18 oft in kleinstrukturierten WGs betreut werden, müssen sie dann in Massenunterkünfte umsiedeln. Für manche sind das solch große psychische Belastungen, dass sie es nicht mehr schaffen, in die Schule zu kommen. Wieder andere sind die einzigen in der Familie, die einen Lernplatz haben. Dementsprechend begleiten sie alle anderen zu Terminen und bleiben so selbst wiederum dem Unterricht fern. Es braucht weit mehr Angebot auch für ältere Menschen und Eltern mit Fluchterfahrung.

Wenn sich all dies nicht ändert – und hier ist ein politischer und gesellschaftlicher Wille notwendig – dann bewegen wir uns zukünftig immer weiter davon weg, dass Bildung ein Menschenrecht, und alle Menschen gleich an Rechten und Würde geboren sind.

www.vielmehr.at
www.prosa-schule.org

DIE AUTORIN
Lisa Oberbichler ist Pädagogische Leitung beim Schulprojekt PROSA, unterrichtet dort Deutsch als Zweitsprache von Basisbildungs- bis Pflichtschulabschlusskursen und ist Referentin für rassismuskritische Kompetenzen in der Pädagogik.

# PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

## ICT PROGRESS

Peter Reichstädter, Leiter der IT Abteilung im österreichischen Parlament

Das Kooperations-Projekt des Parlamentarischen NordSüdDialoges zwischen der National Assembly of Zambia (NAZ) und dem Österreichischen Parlament hat für den Bereich „Erstellung einer Informations- und Kommunikationstechnologie Strategie“ eine fruchtbare Diskussion zwischen involvierten Partner*innen aber auch darüber hinaus gebracht, bspw. durch die Einbindung lokaler und nationaler Expert*innen. Dabei ist es durchaus eine Bereicherung für beide Seiten, alternative Lösungsszenarien gemeinsam zu beurteilen bzw. auch für lokale Rahmenbedingungen entsprechende Lessons Learned mit nehmen zu können. Herausfordernd ist dabei aber natürlich auch die Tatsache, dass rechtliche (Gesetzesgrundlagen, Verordnungen), organisatorische (Prozesse, Policies) bzw. semantische lokale Gegebenheiten und Unterscheidungen zum Tragen kommen, d.h. dass eine 1:1 Übertragung keinesfalls zur Anwendung kommen kann. Nur durch die bewusste gemeinsame Arbeit an einem differenzierten Ziel bzw. einem entsprechenden Lösungs-Szenario, welches mit dem Wissen und der Erfahrung aus Good-Practices aus Österreich bzw. der EU sowie weltweit zur Anwendung kommt, schafft man diese Transformation gemeinsam. Darüber hinausgehende Rahmenbedingungen sind selbstverständlich ebenfalls zu berücksichtigen, bspw. die Frage der Finanzierung, die notwendige Bildung in Bezug auf die Verwendung von Computersystemen und – devices, oder auch das andersartige Verständnis von der Verwendung von Cloud-Produkten und Prozessen. Auf technischer Ebene versteht man sich beinahe blind – ich denke da ist es von Vorteil, dass wir aus ähnlichen Systemlandschaften bzw. Domänen kommen (Parlament versus Administration/Verwaltung).

Der Mehrwert, den man aus solchen Kooperationen ziehen kann, ist die bewusste Auseinandersetzung mit anders-

artig definierten und dimensionierten Rahmenbedingungen als man sie selbst in der gewohnten Umgebung vorfindet. Ich denke, diese Auseinandersetzung eröffnet immer wieder neue Sichtweisen und in vielen Fällen gehen auch Türen auf, einfach durch die alternative Annäherung an eine Problemstellung. Es gilt nicht nur einfach „straight forward" bestehen zu können, sondern auch digitale Transformationsprozesse erkennen und unterstützen zu können. Ich leite daraus auch einen hohen Impact auf meine/unsere eigene Arbeit im Österreichischen Parlament ab bzw. kann auch einen entsprechenden Nutzen lukrieren. Positiv erlebt habe ich, dass der Erfahrungs- und Wissensaustausch auf Augenhöhe passiert, d.h. beiden Partnern ist bewusst, dass es gilt, ein gemeinsames Ziel zu erreichen und die Zusammenarbeit nicht als eine „Vorlesung mit Zuhörer*innen" gesehen wird. Ich denke, die Sachkenntnis bzw. das Prozess-Verständnis der parlamentarischen Umgebung stellt hier einen Mehrwert dar und damit den Unterschied zu einer externen Beratung. Wir mussten selten bis nie das Verständnis bzw. die Voraussetzungen für getätigte Ansätze länger oder intensiv diskutieren und möglicherweise kann man das den gemeinsamen Ziel- und Wertevorstellungen aus derselben Domäne kommend (=Parlament) zuschreiben.

Der Aktivitäten-Umfang beinhaltet eigentlich den klassischen Lebenszyklus bzw. Schwerpunkte von Projekten und Vorhaben: Vorbereitung, Bewertung, Analyse, Detailierung, Gewichtung, Realisierung unterstützt von virtuellen (Skype-)Meetings und vor Ort Workshops, wobei beide Projektpartnerländer aktiv berücksichtigt wurden. Ich denke, dass auch entsprechende begleitende Kommunikation bzw. Qualitätssicherung notwendig ist bzw. realisiert wurde. Eventuell kann man noch über Lessons Learned im Anschluss an das Projekt gemeinsam mit den Stakeholdern aus Zambia, Österreich aber auch dem Parlamentarischen NordSüdDialog oder der ADA nachdenken.

Das ICT Core Team und Abteilungsleiter*innen der sambischen Parlamentsdirektion beim Assessment Workshop.

© Jutta Kepplinger (PNSD)

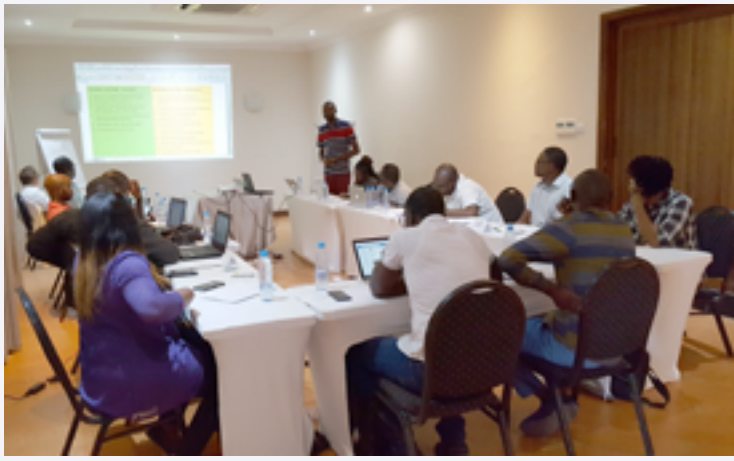
Das Projekt des Parlamentarischen NordSüdDialog selbst schätze ich als positives Beispiel eines „voneinander lernen" Ansatzes ein, begleitet von konstruktiver Projektabwicklung und -betreuung. Wenn manches Mal der Projektfortschritt nicht unmittelbar erkennbar scheint, wird mit Geduld und Routine die notwendige Korrektur herbei geführt und letztendlich das Ziel erreicht. Es bereitet mir wirklich viel Freude, Teil des Projekts zu sein bzw. konnte ich auch viele Erfahrungen mit nehmen und würde ich erneut gefragt werden und es meine Situation zulassen, würde ich jederzeit wieder zur Verfügung stehen.

## DER AUTOR

Peter Reichstädter ist Leiter der IT Abteilung im Österreichischen Parlament und begleitet die Erstellung einer neuen ICT Strategie für die National Assembly of Zambia (NAZ) seitens des Österreichischen Parlaments.

Ingoma Mulewa, Research Officer, präsentiert die Ergebnisse ihres Teams zum Objective 1.

© Jutta Kepplinger (PNSD)



Präsentation eines Teiles der Stärken-Schwächen Analyse durch einen Workshop-Teilnehmer.

© Jutta Kepplinger (PNSD)

# Steuergerechtigkeit und die Rolle globaler Konzerne

Sophie Veßel, AG Globale Verantwortung

Über Steuern leisten Bürger*innen und Unternehmen einen Beitrag, der zum Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich ist. Denn Steuereinnahmen dienen der Finanzierung staatlicher Kernaufgaben wie des Bildungs- und Gesundheitswesens und der Infrastruktur. Sie können Ungleichheiten – etwa durch die höhere Besteuerung vermögender Personen und Unterstützung ärmerer Personen – verringern sowie Lenkungseffekte, etwa durch Umweltsteuern, erzielen.

## Niedrige Steuereinnahmen in Ländern des Globalen Südens

In sogenannten Niedrigeinkommensländern machen Steuereinnahmen rund 15 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Damit verfügen sie über deutlich weniger Steuereinnahmen als Länder mit hohem Einkommen, bei denen der Anteil etwa 30 % beträgt (Abb.1). In diesen Ländern fehlen also den Regierungen wichtige Einnahmen für die nachhaltige Entwicklung und die Verwirklichung von Menschenrechten, etwa durch Sozialausgaben für benachteiligte Gesellschaftsgruppen oder die Stärkung der Rechtssysteme. Unternehmenssteuern sind in Ländern des Globalen Südens eine besonders wichtige Einnahmequelle. Daher trifft es diese Länder besonders, dass die Sätze der Körperschaftssteuer seit Jahrzehnten weltweit abnehmen. Während sie im globalen Durchschnitt in den 1980er Jahren noch bei über 40 % lag, ist sie bis 2017 größtenteils auf unter 25 % gesunken (Abb.2). In diesen Ländern ist es international tätigen Unternehmen und vermögenden Personen oft völlig legal möglich, ihren Steuerbeitrag gering zu halten.

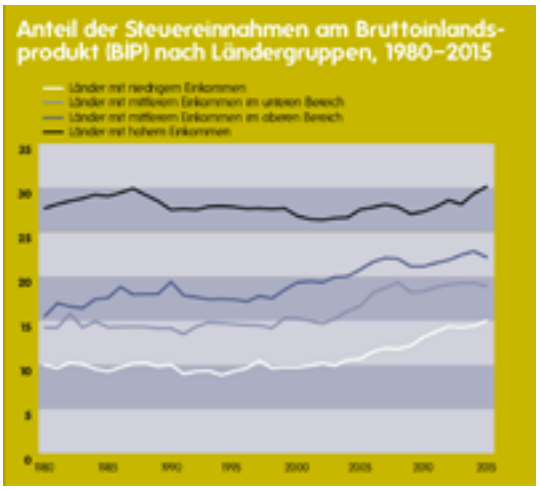
Auf globaler Ebene sind folgende Gründe für geringe Steuereinnahmen in Ländern des Globalen Südens zu nennen:

- Steuervermeidung und -hinterziehung von vermögenden Personen und durch Unternehmen sowie
- Steuervergünstigungen, die Staaten weltweit Unternehmen gewähren, um Investitionen anzuziehen.

Unternehmen können aus ihrer Sicht Steuern „optimieren“. Sie können also von Steueranreizen, rechtlichen Schlupflöchern und Intransparenz profitieren, um de facto Steuern zu vermeiden. Eine entscheidende Rolle spielen u.a. bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen (DBAs). Sie regeln die Besteuerungsrechte zwischen zwei Vertragsstaaten. Dabei werden dem Staat, in dem Unternehmen ansässig sind, oft mehr Rechte zuerkannt als jenem, in dem Unternehmen nicht ansässig, aber tätig sind, einem sogenannten Quellenstaat. Vor allem ärmere Länder des Globalen Südens gehören zu diesen Quellenstaaten. Trotz dieser Benachteiligung schließen sie oft DBAs ab, da sie von diesen eine Zunahme an Investitionen erwarten – auch wenn ein solcher Zusammenhang wissenschaftlich umstritten ist.

Intransparenz und Geheimhaltung – dazu zählen ein strenges Bankgeheimnis, intransparente Eigentümer*innenstrukturen oder mangelnde Behördenkooperation – ermöglichen und fördern Steuervermeidung und -hinterziehung. Wie Abb.3 zeigt, sind sie nicht nur auf karibischen Inseln zu finden. Reformen des internationalen Steuersystems setzen auf die Schaffung von Transparenz und den Austausch von Steuerinformationen, um Steuervermeidung und -hinterzie-

Quelle: Website World Bank: World Bank Country and Lending Groups (Stand Juni 2018); Website UNU WIDER: Government Revenue Dataset (Stand November 2017)

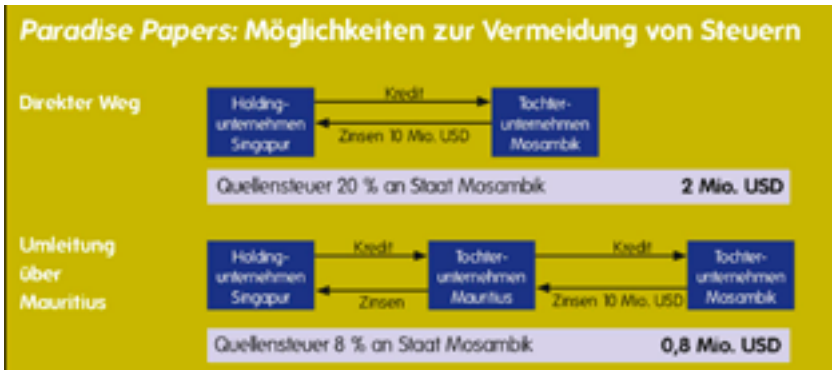


Quelle: IMF auf Anfrage, beinhaltet nationale und subnationale Steuern. Ländergruppen gereiht nach Bruttonationaleinkommen pro Kopf pro Jahr.

Schattenfinanzindex 2018: Besonders intransparente Länder

| Platz | Land | Geheimhaltungswert | Globale Gewichtung |
|---|---|---|---|
| 1 | Schweiz | 76 | 4.50% |
| 2 | USA | 60 | 22.30% |
| 3 | Cayman Islands* | 72 | 3.79% |
| 4 | Hong Kong | 71 | 4.17% |
| 5 | Singapur | 67 | 4.58% |
| 6 | Luxemburg | 58 | 12.13% |
| 7 | Deutschland | 59 | 5.17% |
| 8 | Taiwan | 76 | 0.50% |
| 9 | VAE (Dubai) | 84 | 0.14% |
| 10 | Guernsey* | 72 | 0.52% |
| 35 | Österreich | 56 | 0.56% |

Quelle: Website Tax Justice Network: Financial Secrecy Index, insgesamt 112 untersuchte Länder




Aufgrund eines DBAs zwischen Mosambik und Mauritius könnte Mosambik im zweiten Fall nur einen Steuersatz von 8% ansetzen und verliert somit 1,2 Mio. USD an Steuereinnahmen.

Quelle: AG GV 2017: Steuer- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Seite 7.

hung entdecken und bekämpfen zu können. Noch können Länder des Globalen Südens an diesem Austausch nur teilweise teilnehmen, weil ihnen technische und personelle Kapazitäten fehlen und sie nicht über ausreichend bilaterale Abkommen für den Austausch von Steuerinformation verfügen.

## Auswirkungen der österreichischen Steuerpolitik auf Länder des Globalen Südens am Beispiel Albanien

Österreich hat 2008 ein DBA mit Albanien, einem der ärmsten Länder Europas, abgeschlossen. Durch das Abkommen werden die Steuersätze auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren für österreichische Unternehmen von 15 % auf 5 % reduziert. Österreich hat damit die Steuersätze stärker reduziert als andere Länder und trägt zu geringeren Staatseinnahmen Albaniens aus der Besteuerung von Unternehmen bei. Diese Einnahmen fehlen in Albanien jedoch für die Armutsminderung und die nachhaltige Entwicklung. So bemängelt der Internationale Währungsfonds (IWF), dass niedrige Sozialausgaben zu den schwachen Ergebnissen im albanischen Bildungssektor beitragen. Das albanische Steuersystem brauche dringend höhere Staatseinnahmen, die Steuerbasis solle erweitert und Steuersätze nicht weiter zu reduziert werden. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Österreich bereits die Verbesserung des Steuer- und des Bildungssystems in Albanien. Gleichzeitig trägt Österreich über das DBA jedoch zu geringeren Staatseinnahmen Albaniens bei. Im Sinne einer wirksamen, nachhaltigen Entwicklung sollte der albanische Staat jedoch die Möglichkeit haben, das Bildungssystem mit eigenen Mitteln in Eigenverantwortung zu entwickeln.

Die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der UN und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zielen darauf ab, Armut weltweit zu beenden und ein gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Damit die Agenda umgesetzt werden kann, müssen gemäß des rechtlich verankerten Grundsatzes der Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) alle Politiken – also auch die Steuerpolitik – so abgestimmt und gestaltet werden, dass sie entwicklungspolitische Ziele unterstützen und nicht behindern. Um dies im Bereich der Unternehmensbesteuerung sicherzustellen, lassen sich nebenstehende Empfehlungen ableiten.

## DIE AUTORIN

Sophie Veßel ist Fachreferentin bei der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung, dem Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen in Österreich.

**EMPFEHLUNGEN**
**an die österreichische Bundesregierung**

| STEUERPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN |
|---|
| • Veröffentlichung länderweiser Daten von in Österreich und Europa tätigen Großbetrieben ab 40 Millionen Euro Umsatz über weltweite Aktivitäten |
| • Einfacher Zugang zu auf EU-Ebene beschlossenem öffentlichen Register über die wirtschaftlichen Eigentümer*innen aller Unternehmen, Stiftungen und anderer Strukturen |
| • Gesamtkonzernsteuer mit Mindeststeuersätzen |
| • Analyse möglicher Auswirkungen steuerpolitischer Maßnahmen und Instrumente auf Länder des Globalen Südens |
| • Unterstützung der Länder des Globalen Südens bei Aufbau und Stärkung von fairen, progressiven und transparenten Steuersystemen |
| • Gleichberechtigte Teilhabe der Länder des Globalen Südens am internationalen Steuersystem |
| **EMPFEHLUNGEN FÜR POLITIKKOHÄRENZ IM INTERESSE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG** |
| • Abstimmung unterschiedlicher Politikbereiche (z. B. Agrar-, Handels- und Steuerpolitik), so dass diese entwicklungspolitische Ziele und Maßnahmen, wie sie in der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung formuliert sind, unterstützen |
| • Einrichten einer zentralen Instanz für die Umsetzung von PCSD auf höchster politischer Ebene |
| • Klare Verantwortlichkeit und Kompetenz in Bezug auf PCSD in der Verwaltung festlegen |
| • Gewährleistung der barrierefreien Partizipation der relevanten Stakeholder, insbesondere des Parlaments, der Zivilgesellschaft und der wissenschaftlichen Institutionen |
| • Verbindliche Überprüfung und Analyse der Auswirkungen von Gesetzen auf entwicklungspolitische Ziele |

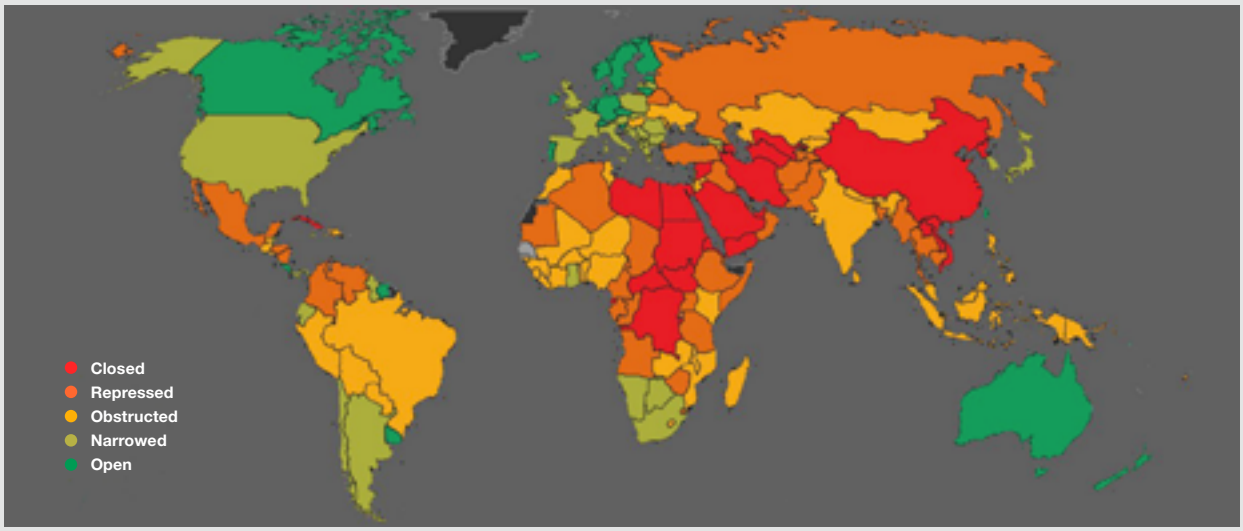
Gemäß des rechtlich verankerten Grundsatzes der Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) sollen alle Politikbereiche entwicklungspolitische Ziele unterstützen und nicht behindern. Die AG Globale Verantwortung und das Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) beleuchten in diesem Zusammenhang die derzeitige Steuerpolitik im Bereich der Besteuerung international tätiger Unternehmen.

Die Broschüre ist unter www.globaleverantwortung.at/publikationen downloadbar.

**Redaktion:** Sophie Veßel und Annelies Vilim (AG Globale Verantwortung) mit Unterstützung von Martina Neuwirth (Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit, VIDC); Grafiken: Gerda Decker

# ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

## ÖSTERREICH SINKT EINE STUFE IM CIVIC MONITOR

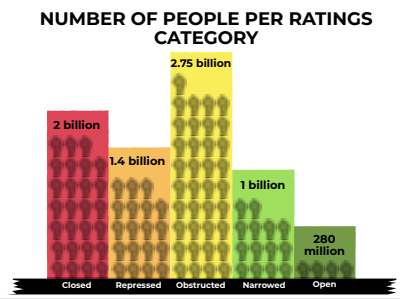


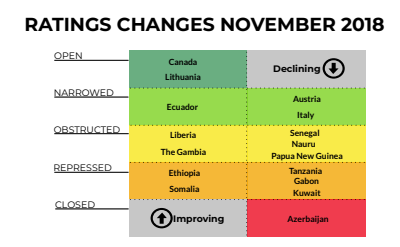

Quelle: https://monitor.civicus.org

Der CIVICUS Monitor ist eine global agierende wissenschaftliche Kooperation zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Missachtungen bzw. den Respekt von fundamentalen zivilen Freiheiten in 196 Ländern der Welt beobachtet und bewertet. Weltweit leben ca. 2 Milliarden Menschen in sogenannten CLOSED countries, d.h. in diesen herrscht ausgehend von einer repressiven Staatsmacht eine Atmosphäre von Angst und Gewalt unter den Bürger*innen. Im November wurde Österreich in diesem Rating von OPEN auf NARROWED heruntergestuft. Die Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft unter diesen beiden Kategorien werden allgemein wie folgt verstanden:

**Offen (Open):**
Der Staat ermöglicht und sichert den öffentlichen Raum für die Teilhabe aller Menschen. Die Ängste sind gering, da die Bürger*innen sich frei zusammen schließen können, an öffentlichen Orten demonstrieren können und Informationen ohne Einschränkungen durch Gesetze oder durch eine angewandte Praxis erhalten und weitergeben. Die Behörden tolerieren Kritik von zivilgesellschaftlichen Gruppen und bieten Raum und Plattformen für einen offenen und stabilen Dialog mit der Öffentlichkeit. Die Polizei schützt öffentliche Demonstrationen, und die Gesetze zur friedlichen Versammlungsfreiheit halten sich an das internationale Recht und die internationalen Standards. Es gibt eine freie und unabhängige Presse, Online-Inhalte werden nicht zensiert und Bürger*innen können auf Regierungsinformationen leicht zugreifen.

**Eingeengt (Narrowed):**
Während der Staat Einzelpersonen und Organisationen der Zivilgesellschaft die Ausübung ihrer Rechte auf Vereinigungsfreiheit, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung gestattet, treten auch Verstöße gegen diese Rechte auf. Menschen können sich zu einer breiten Palette von Interessenverbänden zusammenschließen, doch wird die uneingeschränkte Nutzung dieses Rechts durch gelegentliche Belästigung, Festnahme oder Angriffe auf Personen, die den Machthabern kritisch gegenüberstehen, behindert. Proteste werden friedlich durchgeführt, obwohl die Behörden manchmal aufgrund von Sicherheitsbedenken die Erlaubnis verweigern, und übermäßige Gewalt, darunter Tränengas und Gummigeschosse, manchmal gegen friedliche Demonstrant*innen eingesetzt werden. Die Medien sind frei ein breites Spektrum an Informationen zu verbreiten, obwohl der Staat die vollständige Pressefreiheit entweder durch strikte Regulierung oder durch politischen Druck auf die Medieninhaber untergräbt.




Quelle: https://monitor.civicus.org/PeoplePowerUnderAttack2018

*CIVICUS is a global alliance of civil society organisations and activists dedicated to strengthening citizen action and civil society throughout the world. Established in 1993 the membership based alliance has more than 4.000 members in more than 175 countries.*
*www.civicus.org*

Parlamentarischer NordSüdDialog
VIDC Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation
GEFÖRDERT DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT
LAND OBERÖSTERREICH

Herausgeber und Medieninhaber:
VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43-1-713 35 94, Fax: +43-1-713 35 94 73, office@vidc.org; www.vidc.org, office@nordsueddialog.org; www.nordsueddialog.org

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net, Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) und des Landes Oberösterreich erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansichten der Redakteur*innen und Autor*innen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der OEZA, des Landes Oberösterreich sowie des VIDC dar.